

Haushaltsplan 2018

**Einbringung in den Rat der Stadt Rheine
am 26. September 2017**

**Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister**



Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplanes 2018

Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht selten werden Haushaltsreden bei der Einbringung als „Werbeblock“ für die Verwaltung genutzt. Ich werde darauf in diesem Jahr verzichten, denn für jeden, der mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, ist offensichtlich: In Rheine tut sich was!

Um es vorweg zu nehmen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Stimmung ist gut und bei den Finanzen geht es auch in die richtige Richtung!

Das ist der dritte Haushalt, den ich als Bürgermeister gemeinsam mit dem Kämmerer einbringe.

Der erste Haushalt, den ich – damals wenige Wochen im Amt – im November 2015 eingebracht habe, sah in der vom Rat verabschiedeten Fassung Haushalt im Plan ein Defizit von 3,2 Mio. € vor. Der Jahresabschluss 2016 zeigt uns heute, dass wir mit einem Plus von 4,9 Mio. € abgeschlossen haben. Das kann man in einem Jahr nicht durch Sparen erzielen – auch wenn wir durchaus sparsam unterwegs waren. Die Rahmenbedingungen haben uns beim Thema Haushaltskonsolidierung durchaus in die Karten gespielt.

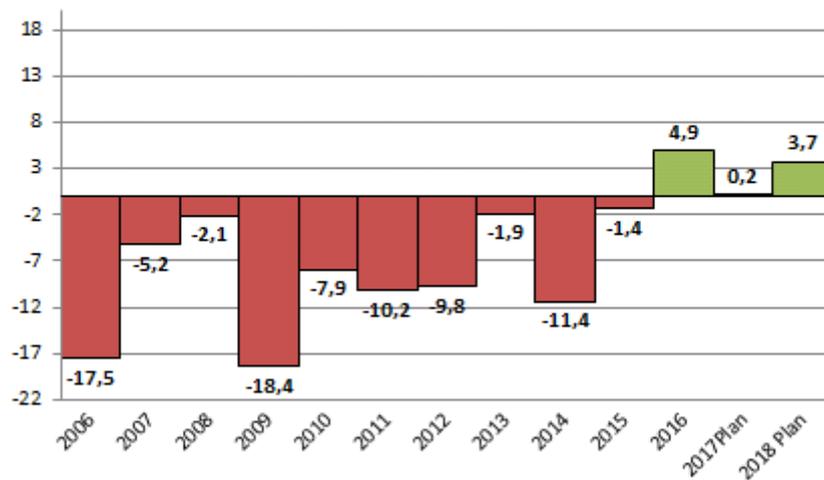
Der verabschiedete Haushaltsplan für 2017 – also für das laufende Jahr - weist einen Überschuss von knapp 500.000 € aus. Es war das erste Mal seit 10 Jahren, als 2006 das Neue Kommunale Finanzmanagement eingeführt wurde, dass mit einem Überschuss geplant wurde.

Und heute bringen wir den Haushalt für 2018 ein: Er sieht wieder ein Plus vor und zwar in Höhe von 3,7 Mio. €.

Wenn Sie also diese Entwicklung sehen, sage ich: Der Kurs stimmt. Der temperamentvolle Westfale in mir würde sich wohl hinreißen lassen und formulieren: "Läuft."

Jahresergebnisse im Vergleich

(in Mio. €)



2

Zugegeben: Der Rheinländer würde bei dieser Nachrichtenlage wohl ganzjährig Karneval feiern. Aber gut, dass wir hier im Münsterland leben und so schnell nicht die Bodenhaftung verlieren. Bevor also jetzt einer mit Konfetti schmeißen will und vielleicht schon irgendwelche Luftschlösser planen möchte, gleich zu Beginn die Haltung des gesamten Verwaltungsvorstandes:

Am eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung führt für uns auch in Zukunft kein Weg vorbei!

Ein ausgeglichener Haushalt, also von Jahr zu Jahr nicht mehr auszugeben, als einzunehmen, das ist ein wesentlicher Beitrag, um Generationengerechtigkeit herzustellen. Deshalb sollten wir diesen Weg gemeinsam konsequent weitergehen. Das Eigenkapital hat sich gegenüber der Eröffnungsbilanz aus 2006 bis 2015 um insgesamt rund 105 Mio. Euro, also um 30 Prozent verringert. Es liegen 10 defizitäre Jahre hinter uns. Wir haben also Jahre lang über unsere Verhältnisse gelebt – nun wird es Zeit, das Eigenkapital wieder zu stärken. Aber die Stärkung des Eigenkapitals – um auch für schlechtere Zeiten wieder besser vorbereitet zu sein – ist nur ein Punkt, auf den wir achten müssen.

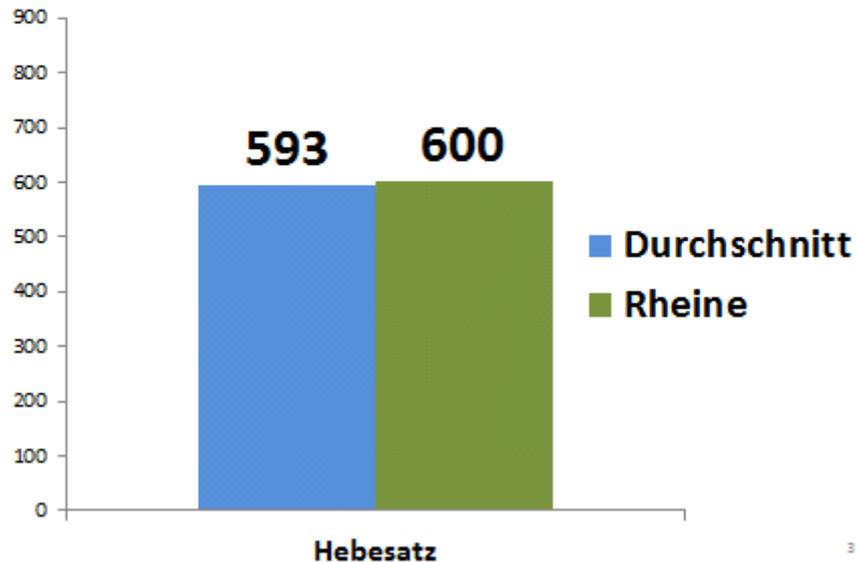
Mit Blick auf die Generationengerechtigkeit muss ein Kompromiss zwischen einer nachhaltigen Haushaltsführung und der Entlastung der Bürger gefunden werden. Und wenn es um die Entlastung der Bürger geht, dann ist jetzt doch etwas Konfetti dabei, zumindest am Horizont zu sehen.

Lassen Sie uns zunächst einen Blick auf die Grundsteuer B werfen. Die Erhöhung des Hebesatzes auf 600%-Punkte hatte der Rat für 2015 beschlossen. Ich meine, das war ein heftiger, schmerzhafter Schritt, aber ein im Ergebnis richtiger und notwendiger Schritt. Ich habe aber auch immer gesagt, dass wir bei der Höhe des Hebesatzes nicht in der Champions-League spielen sollten, ein Platz im Mittelfeld würde mir reichen.

Ein Vergleich mit den Großen kreisangehörigen Städten in NRW, also ein Vergleich mit Städten, die eine vergleichbare Einwohnerzahl haben und damit eine vergleichbare Infrastruktur vorhalten müssen, dieser Vergleich macht deutlich, dass der Hebesatz für die Grundsteuer B im Durchschnitt dieser 35 Städte bei 593%-Punkten liegt.

Grundsteuer B – Hebesatz

Vergleich der 35 großen kreisangehörigen Städte in NRW



Das heißt für mich noch nicht, dass damit alles in Ordnung ist. Ziel ist, den Hebesatz für die Grundsteuer B wieder zu senken und ein Blick auf unseren Finanzplan zeigt, dass das bald auch möglich ist.

Zwei Punkte sind wichtig:

Wir dürfen –ersten - bei den Einsparbemühungen nicht nachlassen und müssen- zweitens- unser Eigenkapital wieder stärken. Die Zeiten werden auch wieder schlechter und deshalb ist es richtig, hier das Eigenkapital auch wieder zu stärken – jährlich nach Möglichkeit mit einem Betrag von 5 Mio. €.

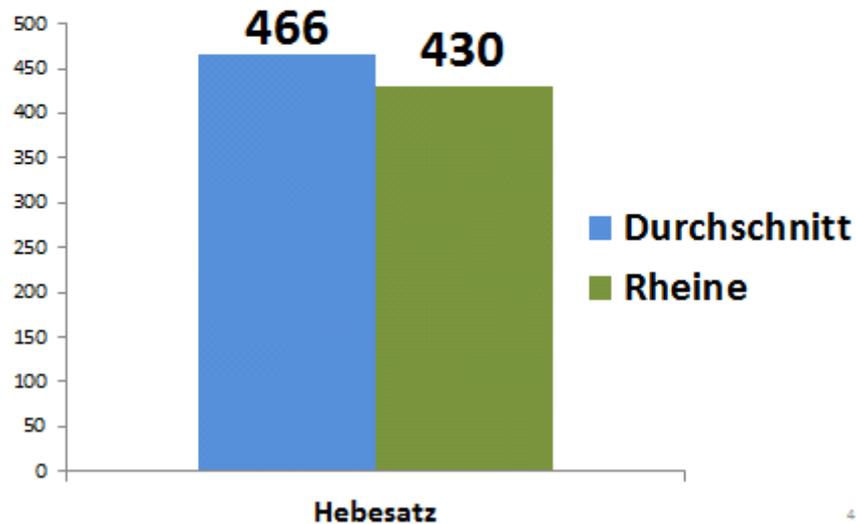
Aber auch unter dieser Voraussetzung muss es uns gelingen, die Bürger bei der Grundsteuer B wieder zu entlasten. Ich bin im Gespräch mit allen Fraktionen und kann sagen, dass wir alle gemeinsam wieder zu einer Entlastung kommen wollen und auch darauf hin arbeiten.

Bleiben die konjunkturellen Rahmenbedingungen so wie sie sind und treffen uns keine größeren ungeplanten Belastungen, können wir 2020 den Hebesatz auf 550%-Punkte senken und ein Jahr später (2021) eine weitere Senkung auf 510%-Punkte vornehmen.

Ein Blick auf die Gewerbesteuerhebesätze der 35 Großen kreisangehörigen Städte in NRW zeigt uns, dass wir in Rheine mit 430%-Punkten nicht nur unter dem Durchschnitt aller 35 Städte liegen (466%), sondern auch, dass es nur 3 von den 35 Großen kreisangehörigen Städten in NRW gibt, die einen niedrigeren Hebesatz haben.

Gewerbsteuer – Hebesatz

Vergleich der 35 großen kreisangehörigen Städte in NRW



Hier spielen wir – aus Sicht der heimischen Gewerbesteuerzahler – schon in der Champions-League! Wenn es also im Haushalt Spielraum gibt, dann sehe ich zunächst Handlungsbedarf bei der Grundsteuer B. Der Hebesatz der Gewerbesteuer liegt seit 2011 unverändert bei 430%-Punkten und liegt schon jetzt unter dem Durchschnitt.

Da Herr Krümpel gleich noch detaillierter auf die Ertragslage eingehen wird, möchte ich noch auf einen weiteren Punkt eingehen, der nicht nur für unseren Haushalt, sondern auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Verwaltung von großer Bedeutung ist. Es geht um den Stellenplan 2018 und den Personalbedarf für unsere Verwaltung.

Bei der Einbringung unseres letzten Haushaltes haben wir versucht, keine zusätzlichen Stellen zu schaffen, was uns faktisch ja auch gelungen ist. In den vergangenen Jahren konnte ein Stellenanstieg in größerem Umfang vermieden werden. Das funktioniert für 2018 so nicht mehr.

Die aktuellen Entwicklungen im Sozial- und Migrationsbereich sowie die Zuweisung umfangreicher Fördermittel von Bund und Land lösen neben den Gestaltungsaufgaben in den Bereichen Schulplanung, Digitale Verwaltung, Unterhaltsvorschussgesetz, dem Bereich des Steuerrechtes sowie dem Umwelt und Klimaschutz einen deutlichen zusätzlichen Personalaufwand aus.

Nach der hohen Zahl an zugewanderten Flüchtlingen in den Jahren 2015/2016 standen wir zunächst vor der großen Herausforderung der Unterbringung. Jetzt gilt es, den Prozess der Integration zu gestalten. Wir werden hier nach wie vor unterstützt durch sehr viele Ehrenamtliche. Noch am Sonntag konnten wir gemeinsam die Interkulturelle Woche in Rheine eröffnen. Das 35-Seiten starke Programm spricht für sich. Im Ergebnis können wir für Rheine festhalten: Bei der Integration derjenigen, die eine Bleibeperspektive haben, sind wir gefordert, aber nicht überfordert.

Mit der Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes hat sich die Stadt Rheine gemeinsam mit vielen weiteren Akteuren auf den Weg gemacht, diesen Integrationsprozess zu gestalten.

Die gute konjunkturelle Entwicklung führt dazu, dass Bund und Land die Kommunen stärker durch Fördermaßnahmen unterstützen. Fördermittel aus dem Projekt „Gute Schule 2020“ oder dem kommunalen Investitionsförderungsprogramm werden von uns gezielt in den Ausbau der Schulinfrastruktur gelenkt. Hier sprechen wir von rd. 15 Mio. €, die unseren Schulen zugutekommen sollen. Das ist auch erforderlich.

Wenn wir nicht in unsere Schulen investieren, kann es uns gelingen, dass wir unsere Schulen „geräuschlos verkommen“ lassen. Wenn wir aber in dieser Höhe investieren, geht das weder geräuschlos, noch nur in der Ferienzeit. Ich weiß, dass die aktuellen Baustellen für Lehrer, Schüler und Eltern mit vielen Einschränkungen, Belastungen und teilweise auch Zumutungen verbunden sind.

Bitte bringen Sie noch etwas Geduld auf. Die „geräuschlose Variante“ – nichts zu tun – ist sicher keine Alternative.

Das einzig Stetige in unserer Schullandschaft ist die Veränderung. Die Einführung der Sekundarschule oder des Abiturs in 8 Jahren – jetzt wieder mit einer „halben“ Rolle rückwärts – oder die Inklusion machen den Handlungsbedarf deutlich.

Es ist deshalb richtig, dass wir jetzt gerade in unsere Schullandschaft investieren. Rheine als Mittelzentrum bietet einen kompletten Schulstandort, der - was die Schulauswahl angeht - keine Wünsche offen lässt. Zuletzt ist die Waldorf-Schule hinzugekommen, die das I-Tüpfelchen unserer Schullandschaft bildet, auch wenn wir nicht Träger dieser Schule sind.

Der Schwerpunkt unserer Investitionen liegt im Bereich der Grundschulen, dort insbesondere für den Ausbau des Raumbedarfes für Betreuungsangebote sowie für die Inklusion. Schnelle, erweiterbare Glasfaseranschlüsse (50 Mbit, FTTH) für alle weiterführenden Schulen haben wir schon auf den Weg gebracht, die Internetzugänge der Grundschulen verbessert. Und spätestens 2022 sollen alle weiterführenden Schulen Glasfaseranschlüsse mit Geschwindigkeiten von mind. 200 Mbit haben und auch alle Grundschulen über Glasfaseranschlüsse verfügen. Wir verlassen auch die dezentralen Strukturen in den Schulen und wollen unsere Schulen durch zentrale Serviceleistungen unterstützen. Das entlastet die Schulen, dafür benötigen wir aber Personal.

Aber die Digitalisierung wird natürlich nicht nur Veränderungen bei unseren Schulen erforderlich machen. Es ist das Zukunftsthema, das noch deutlich ausbaufähig ist. Digitalisierung ist nichts, was wieder weggeht.

Die Digitalisierung wird unser aller Leben in den nächsten Jahren weiter ganz wesentlich verändern. Und es muss für uns in der Stadtverwaltung das zentrale Zukunftsthema werden.

Die Digitalisierung ermöglicht es, die Qualität und die Zugänglichkeit zu städtischen Dienstleistungen für die Bürger zu verbessern und führt zu einer effizienteren und transparenteren Verwaltung. Dabei müssen wir natürlich auch die traditionellen Zugänge behalten, für alle, die nicht so internetaffin sind. An der Digitalisierung führt aber kein Weg vorbei. Hier müssen wir unsere Schlagkraft deutlich erhöhen.

Zielsetzung der Verwaltung ist, bis zum Jahr 2022 die elektronische Aktenführung flächendeckend einzuführen und den E-Governmentsservice bedarfsorientiert auszubauen.

Digitalisierung ist kein Projekt, sondern eine Daueraufgabe der Verwaltung. Für den Ausbau der digitalen Services soll im kommenden Jahr in Verbindung unserem neuen Internetauftritt ein elektronisches Bürgerkonto zur Verfügung gestellt werden. Auch ist beabsichtigt, digitale Lösungen im Rahmen kommunaler Kooperationen zu entwickeln bzw. zu betreiben.

Wenn wir die Zukunft hier nicht verschlafen wollen, dann müssen wir beim Thema Digitalisierung eine Führungsrolle übernehmen. Ich werde deshalb sowohl mit unseren Töchtern der Stadt, als auch mit anderen wichtigen Akteuren in einen engen Dialog treten, damit die Stadt Rheine hier künftig gut aufgestellt ist.

Mit der Bildung des Produktes Umwelt und Klimaschutz werden die diese Belange - insbesondere unter dem Nachhaltigkeitsgedanken - in der Stadt Rheine verstetigt. Klimaschutz ist auch ein lokales Thema, welches neben der Initiierung von Projekten und der Bildung von Netzwerken auch Aktionen zum Klimaschutz beinhaltet. Die Stadt Rheine nimmt seit dem Jahr 2008 erfolgreich an dem Umweltmanagementsystem „European Energy Award“ teil.

Mit KONRAD wollen wir uns gerade an einem Förderprogramm beteiligen, das dem Klimaschutz und unserer Fahrradinfrastruktur zugutekommen soll. Und wir wollen unsere Fahrradinfrastruktur weiter verbessern und mit der personellen Ressource im neuen Produkt als Daueraufgabe künftig noch besser unterstützen.

Zusätzliche Aufgaben und höhere Fallzahlen und die Besetzung von Zukunftsthemen: Dieser „Dreiklang“ macht eine Personalanpassung im nächsten Stellenplan notwendig. Dass wir uns es mit dieser Forderung nicht leicht machen, zeigt vielleicht der Vergleich mit der Kreisverwaltung – auch wenn man bei solchen Vergleichen immer vorsichtig sein muss.

Der Stellenplan des Kreises sieht im Entwurf für 2018 fast 1.044 Stellen vor. Das ist ein Plus von 25 Stellen vor. Und das, obwohl es bereits für 2017 ein Plus von fast 48 Stellen gab.

Unser Gesamtstellenplan für das nächste Jahr sieht einen Zuwachs im Umfang von 14,5 Stellen vor, davon 7,5 Stellen, die in Aufgabenträgerschaft für den Kreis erbracht werden. Zusätzliche Aufgaben und höhere Fallzahlen sind die Hauptursachen. Nur durch diesen Stellenzuwachs steigt der Personalaufwand bei uns um fast 970.000 Euro.

Aber: Fast 43% dieses Aufwandes wird refinanziert, dies betrifft vor allem die Refinanzierung durch den Kreis Steinfurt im Bereich des Jobcenters und des Rettungsdienstes. Aber auch gerade die personelle Stärkung unserer Ausländerbehörde ist aufgrund gestiegener Fallzahlen unumgänglich. Hier dürfen wir nicht weiter auf dem Rücken unserer Mitarbeiter sparen. Im Vergleich zur Ausländerbehörde des Kreises, sind wir hier noch sehr schmal aufgestellt. Der ehemalige Regierungspräsident, Prof. Klenke, hatte noch im Juli alle Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister mit eigenen Ausländerbehörden angeschrieben und um personelle Unterstützung für die Ausländerbehörden geworben. So etwas kommt nicht alle Tage vor, zeigt aber dass die Forcierung der Asylverfahren beim BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) vor Ort Wirkung zeigt.

Der zusätzliche Personalbedarf der Verwaltung ist im Wesentlichen neben der Aufgabenerweiterung auch auf die oben genannten Zukunftsthemen zurück zu führen. Die mit diesem zusätzlichen Personal verbundenen Aufgaben führen nach unserer Auffassung aber unzweifelhaft zu einem erheblichen Mehrwert in der städtischen Entwicklung und somit zu einem spürbaren Nutzen für uns alle. Ich bitte dies bei Ihren Beratungen zum Stellenplan 2018 entsprechend zu berücksichtigen.

Am letzten Freitag haben wir unser Betriebsfest gefeiert, da habe ich in meiner kurzen Begrüßung gesagt:

„Hertie gekauft, General-Wever-Kaserne gekauft und der Kämmerer bringt einen Haushalt mit einem Plus von 3,7 Mio. € ein. Das läuft im Moment wie ein Länderspiel.“

Den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wiederhole ich hier und heute in der Ratssitzung gerne. Denn als Verwaltungsvorstand können wir erfolgreiche Arbeit nur mit der ganzen Rathausmannschaft abliefern. Viele Kolleginnen und Kollegen helfen dabei mit, viele in Bereichen, die über aktuelle Bauprojekte sichtbare Spuren im Stadtbild hinterlassen.

Aber auch viele, die mit Ihrer Arbeit nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, wie z. B. diejenigen, die im sozialen Bereich arbeiten und die einen ebenso wertvollen Beitrag leisten. Hervorheben heute möchte ich - aus Anlass der Einbringung des Haushaltsplanes - das Team um Kämmerer Mathias Krümpel und Jürgen Wullkotte, das den Haushaltsplanentwurf 2018 sehr gut vorbereitet hat.

Vielen Dank dafür!

Ich meine, wir können uns gemeinsam über die aktuelle Entwicklung durchaus freuen, ohne aber die Hände in den Schoß zu legen.

Die Neugestaltung des Busbahnhofes ist auf der Zielgeraden - und zwar planmäßig - und die neuen Pläne zum Marktplatz wurden erst kürzlich vorgestellt. Viele Projekte im Rahmenplan Innenstadt sind auf einem guten Weg. Aber die zentrale Baustelle in der Innenstadt ist Hertie. Auch wenn die Eintragung ins

Grundbuch noch aussteht, durch den notariellen Kaufvertrag in diesem Sommer haben wir das Heft des Handelns jetzt selbst in der Hand. Und hier werden wir gemeinsam eine gute Lösung für Rheine hinbekommen. Mit dem erfolgreichen Start der Emsgalerie, die in der letzten Woche ihren 1. Geburtstag gefeiert hat, gibt es eine Wiederbelebung unserer Innenstadt.

Ich werde noch in diesem Jahr auch die Eigentümer von Immobilien in der Innenstadt einladen, um auch privates Engagement zu fördern. Hier wollen wir mit unserem Fassadenprogramme gerne unterstützen. Positive Beispiele für privates Engagement – wie z. B. die Neugestaltung der Fassade von H&M - gibt es. Wenn aus öffentlichen Mitteln rd. 15 Mio. € investiert werden, dann ist genau jetzt der richtige Zeitpunkt, um Rheines Innenstadt gemeinsam attraktiver und schöner zu machen, um die Aufenthaltsqualität weiter zu steigern.



Zum Schluss meiner Haushaltsrede komme ich auf Götz Alsmann zu sprechen. Sein Konterfei zielt die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift Münsterland, Magazin für Freizeit, Kultur und Wirtschaft. Aber wenn Sie genauer hinsehen, entdecken Sie den Hinweis auf einen Artikel: **Stadt im Aufbruch – Rheine**



Sie sehen, auch andere bemerken, dass sich in Rheine etwas tut. Den Artikel kann ich allen ans Herz legen. Auch wenn es immer noch etwas zu verbessern gibt: Wir können stolz auf unsere Heimatstadt sein!

Abschließend zurück zu Götz Alsmann, der hat vor Jahren in der Sendung „Zimmer frei“ mal gesagt: „Musik ist keine basisdemokratische Veranstaltung.“

Liebe Ratsmitglieder,
die Gestaltung der Lebensverhältnisse vor Ort ist auch keine basisdemokratische Veranstaltung. Auch wenn der Begriff Basisdemokratie durchaus ein diffuser Begriff ist, beschreibt er doch eher Formate der direkten Demokratie. Sie als Ratsmitglieder sind als demokratisch legitimierte Vertreter aber für die wesentlichen Entscheidungen zuständig.

Wir - Verwaltung und ehrenamtliche Politik - tun aber gut daran, die Bürgerinnen und Bürger bei wesentlichen Projekten zu beteiligen. Das haben wir in der Vergangenheit getan und werden das auch künftig tun. Ich nenne den Sportentwicklungsplan, den Kulturentwicklungsplan, und den Spielflächenbedarfsplan oder die zahlreichen Veranstaltungen und Bürgerworkshops im Rahmen der Neugestaltung der Innenstadt oder der Neugestaltung der Eschendorfer Aue. Wir können über die Bekassine oder den Storch streiten. Ich stelle aber fest: Bei den wesentlichen Entscheidungen gibt es häufig einen Konsens im Rat und Beschlüsse, die oft sogar einstimmig ausfallen. Das ist für mich kein Mangel an Demokratie, sondern ein Zeichen dafür, dass viele Zukunftsentscheidungen für unsere Stadt von allen gemeinsam getragen werden.

Und wenn Rheine als „Stadt im Aufbruch“ bezeichnet wird, sollten wir gemeinsam diese Aufbruchstimmung nutzen und das gute Miteinander, das wir gerade pflegen, erhalten. Denn was in der Stadtverwaltung gilt, gilt auch in der Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung: Gemeinsam geht es besser! Für die bisherige Unterstützung und die vielen fruchtbaren Diskussionen in den letzten zwei Jahren möchte ich mich bei Ihnen bzw. bei euch ausdrücklich bedanken.

Wir sind gemeinsam auf einem guten Weg!

Ich wünsche deshalb allen gute Haushaltsplanberatungen und weiterhin viel Freude bei der Gestaltung unserer Heimatstadt!